



KLAUS DÖRRE/KERSTIN
JÜRGENS/INGO MATUSCHEK
(HRSG.):
ARBEIT IN EUROPA. MARKT-
FUNDAMENTALISMUS ALS
ZERREISSPROBE

Campus,
Frankfurt a. M./New York
2014

ISBN 978-3-593-50178-9
399 Seiten, 29,90 €

Der Band *Arbeit in Europa* von Klaus Dörre, Kerstin Jürgens und Ingo Matuschek hat den Anspruch, die Rolle der Bundesrepublik in Europa seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 zu bilanzieren. Basis des Sammelbands sind Beiträge einer Konferenz am Jenaer Institut für Soziologie, die in Zusammenarbeit mit der Sektion Arbeits- und Industriesoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie im Sommer 2013 stattfand.

Der einführende programmatische Text der HerausgeberInnen skizziert zunächst in plastischer Weise die aktuelle europäische Problemlage und illustriert den Untertitel des Bandes: „Marktfundamentalismus als Zerreißprobe“. Er fragt, ob es zu einem „Europa der Spaltungen und Polarisierungen“ komme oder bereits gekommen ist, „wie es um die Integrationsstärke von Arbeit und Arbeitsbedingungen in Europa bestellt ist“ (S. 18) und ob „in Folge der Krise von 2008/09 auch die Idee eines geeinten Europas verschüttet zu werden“ droht (S. 12). Um es vorweg zu nehmen: Der Gesamttenor nicht nur der Herausgeber, sondern auch der meisten Beiträge in dem Band ist kritisch. Es wird betont, dass die Krise nicht vorbei und die damit verursachten Probleme (Arbeitslosigkeit, Verarmung, gesellschaftliche Polarisierung) längst nicht gelöst sind. „Die [deutsche] Gewinnermedaille hat (...) die glänzende Vorderseite des wirtschaftlichen Musterschülers; sie besitzt aber mit prekarierten Arbeits- und Lebensverhältnissen sowie sozialen Polarisierungen eine hässliche Rückseite“ (S. 16). Infolgedessen komme es zu einer „Zunahme an sozialen, oft auch gewalttätigen Konflikten“ (S. 18) und auch rechtsextremistische, autoritäre oder offen faschistische Bewegungen könnten Auftrieb erhalten.

Das Buch ist in fünf Unterkapitel gegliedert. Im ersten Abschnitt werden grundsätzliche Fragen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in ihren Auswirkungen auf die aktuelle Krise in Europa diskutiert. Es folgt ein Abschnitt, der den Arbeitsmarkt in den Mittelpunkt rückt, drittens ein Überblick über einige länderspezifische Entwicklungen (Deutschland, Irland, Spanien, Griechenland). Die beiden abschließenden Kapitel diskutieren das Thema Arbeit unter dem Blickwinkel neuer gesundheitlicher Belastungen sowie unter dem Aspekt der „Sinnhaftigkeit“ von Tätigkeitsinhalten. Bereits die Kapitelaufzählung deutet die Heterogenität des Bandes an. Und tatsächlich weist dieser die typischen Schwächen von Konferenzbänden auf: Viele Beiträge sind eher kurz und manchmal auch oberflächlich und der Titel des Bandes skizziert eher grob dessen Inhalt. Die Zusammenhänge zwischen den Kapiteln sind lose und auch die Themen- bzw. Länderauswahl wirkt manchmal zufällig. Im Folgenden gehen wir daher – auch aus Platzgründen – nicht auf alle, sondern nur auf ausgewählte Beiträge ein:

Auf jeden Fall anregend und lesenswert sind die Beiträge von Klaus Dörre und Erik Olin Wright. Obwohl Dörres These von der „inneren Landnahme“ längst nicht mehr neu ist, wird diese nun genutzt, um den Krisenverlauf 2008/09 empirisch gut informiert sowie verständlich zu rekapitulieren und entlang klassischer Begrifflichkeiten der marxistischen politi-

schen Ökonomie einzuordnen. Es folgt eine Analyse des „deutschen Jobwunders“, wobei Dörre anhand von sieben empirischen Argumenten das glänzende Bild des deutschen Krisengewinners dekonstruiert. Abschließend wird diskutiert, welche Alternativen existieren und festgehalten: Wenn Deutschland ein Beispiel für Europa sein wolle, müsse es Antworten geben, nicht nur auf die Frage sozialer Spaltungen, sondern auch auf die ökonomisch wie ökologisch begrenzten Möglichkeitsräume von Wirtschaftswachstum. Als Schlüsselfaktor für die transformative Umgestaltung der Gesellschaft wird zudem die „Vision einer Ausweitung von Demokratie“ (S. 45) entwickelt. Als theoretisch angeleitete, empiriegestützte sowie politisch zugespitzte soziologische Gegenwartsdiagnose sei dieser Text zur Diskussion in Wissenschaft, Lehre und sozialen Bewegungen empfohlen! Ähnliches gilt für den Aufsatz von E.O. Wright. Bezogen auf das Beispiel der USA (und eher lose verknüpft mit dem Rahmenthema des Bandes) schlägt er verschiedene Strategien machbarer Alternativen zur Erwerbs- sowie Wachstumsgesellschaft vor, u.a. durch die Verlagerung von Arbeitsplätzen vom profitorientierten Sektor hin zu staatlicher Beschäftigung sowie in den Bereich der Sozial- und Solidarwirtschaft, durch ein bedingungsloses Grundeinkommen und Erhöhung der Steuern. Auch seine Message lautet: „Eine andere Welt ist möglich“ (S. 72f.) und „die Spielregeln selbst sind veränderbar, womit sich Perspektiven auf ganz neue Arbeitswelten eröffnen.“ (S. 87)

Wesentlich konventioneller sind dann die Arbeiten, etwa von Gerhard Bosch, Martin Baethge sowie Ingo Matuschek und Madeleine Holzschuh. Sie liefern solide Überblicke über die Entwicklungstendenzen des deutschen Arbeitsmarktes, über den Zusammenhang von Jugendarbeitslosigkeit und Qualifizierungsmodellen in Europa sowie über die historische Entwicklung und gegenwärtige Stellung von Gruppenarbeit als Produktionsmodell in Deutschland. Es handelt sich um gut lesbare Beiträge, die geeignet sind, um sich schnell einen profunden Überblick über besagte Themen zu verschaffen. Mit explizitem Bezug zur Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 fragt Olaf Struck nach den „Erfolgsfaktoren“ des deutschen Arbeitsmarktes. Er zeigt, dass Deutschland zwar vor der Krise von ausgeprägter Flexibilisierung der Beschäftigung Gebrauch gemacht hat, dann aber während der Krise „auf klassische betriebsinterne und schließende Maßnahmen zurückgegriffen hat“ (125f.). Daher kommt er zu der – interessanten – These: Mit Blick auf die Entwicklungen des deutschen Arbeitsmarktes lässt sich nicht schlussfolgern, dass Länder während einer Wirtschaftskrise ihre Situation durch Flexibilisierungsmaßnahmen verbessern können. Entgegen geläufiger Interpretationen etwa der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank oder des Internationalen Währungsfonds, scheinen Flexibilisierungsmaßnahmen an den tatsächlichen Reformnotwendigkeiten Deutschlands und anderer europäischer Länder vorbeizugehen.

Die Überschrift des Kapitels 3 „Soziale Konflikte in Europa: Alte und neue Akteure“ trifft streng genommen nur auf den Beitrag von Stefan Schmalz und Steffen Liebig zu. Diese präsentieren statistische Daten zur Entwicklung ▶

sozialer Konflikte in Europa zwischen 2004 und 2011 und vertreten die These einer Zunahme sowie „Verwilderung“ sozialer Konflikte. Die Beiträge von *Steffen Lehndorff* (zu Deutschland), *James Wickham* (zu Irland), *Josep Banyuls Llopis und Alberto Recio* (zu Spanien) sowie *Maria Markantonatou* (zu Griechenland) geben primär länderspezifische Überblicke über die volkswirtschaftlichen Krisenverläufe und deren prekäre Auswirkungen auf Beschäftigung, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit.

Zu den zahlreichen Verschlechterungen für Erwerbstätige im prosperierenden Deutschland gehören auch die in Kapitel 4 thematisierten gesundheitlichen Belastungen. Die überwiegend empirisch-deskriptiven Beiträge stehen im Kontext des Sammelbandes für die Kritik an der „Schattenseite des Erfolgs“ und auch für alternative Ideen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz. Der Artikel von *Nico Dragano und Thorsten Lunau* argumentiert dabei empirisch sehr fundiert und ist überdies der einzige mit einem expliziten Bezug auf Europa. Ziel der Autoren ist, einen „Eindruck von der aktuellen Verbreitung von Arbeitsbelastungen in Europa zu vermitteln“ (S. 250) und im Ergebnis resümieren sie „ein Nebeneinander alter und neuer Belastungen bei hohem Niveau psychischer Anforderungen“ in allen Ländern – interessanterweise ohne dass für den Untersuchungszeitraum 1995–2010 von dramatischen Veränderungen gesprochen werden könne (S. 261). Außerdem finden sich tatsächlich Hinweise auf ein etwas höheres psychisches Belastungsniveau in deutschen Unternehmen. Und nicht zuletzt bestätigt die Analyse, dass staatliche Maßnahmen auch das durchschnittliche Belastungsniveau der Beschäftigten eines Landes senken können. Auch der Beitrag von *Stefanie Graefe* ist erwähnenswert. Er setzt sich mit dem allgegenwärtigen Diskurs um „Burnout“ auseinander – einem Phänomen, dem sie jenseits seiner medialen Inszenierung einen realen Kern attestiert. Das Leiden der Menschen finde im Burnout-Diskurs eine Sprache, die Burnout-Diagnose erleichtere häufig den individuellen Rückzug aus krankmachenden Arbeitsverhältnissen. Inwieweit eine Politisierung dieser Verhältnisse gelinge, sei jedoch aktuell noch offen – Initiativen wie die der IG Metall für eine Anti-Stress-Verordnung seien ein richtiger Schritt, aber darüber hinausgehend müssten die Gewerkschaften sich den „inhaltlichen Ansprüchen spätmoderner Beschäftigter“ (S. 319) stellen.

Kapitel 5 widmet sich abschließend der Frage nach den Kriterien und Bedingungen „sinnvoller Arbeit“ und thematisiert damit erneut Alternativen zu marktfundamentalistischen Tendenzen. *Kerstin Jürgens* stellt zunächst die These auf, dass „sinnvolle Arbeit“ weit weniger verbreitet ist als gängige quantitative Umfragen dies nahe legen. Sie zeigt auf Basis einer qualitativen Studie, was abhängig Beschäftigte subjektiv als „keine sinnvolle Arbeit“ erleben. Ihre empirischen Beispiele verdeutlichen, dass Arbeitsbelastung in engem Zusammenhang mit Arbeitsinhalten steht. Daher plädiert sie dafür, arbeitsinhaltliche Tätigkeiten wieder stärker in den Mittelpunkt der Analyse zu rücken, denn diese scheinen in den letzten Jahren (zugun-

ten der Analyse von Beschäftigungsbedingungen) an Aufmerksamkeit eingebüßt zu haben. *Brigitte Aulenbacher, Kristina Binner und Maria Dammayer* betrachten anhand einer Analyse von „Leitbildern“ in der Wissenschaft und der Pflege, welche Vorstellungen von Beschäftigung, Arbeit und Leben gegenwärtig in diesen Feldern in verschiedenen europäischen Ländern verhandelt werden. Sie zeigen, wie sich Orientierungsmuster unter marktorientierten Vorzeichen verändern und nutzen diese Analyse zur Kritik dieser Entwicklungen. *Adelheid Biesecker* hingegen fragt danach, wie sinnvolle Arbeit aus sozialökologischer Perspektive aussehen kann und wie diese zu erreichen ist. *Hans-Jürgen Urban* nimmt abschließend die widersprüchlichen Handlungslogiken (Logik der kapitalistischen Akkumulation versus Logik des demokratischen Staates) und Gerechtigkeitsprinzipien (Marktgerechtigkeit versus soziale Gerechtigkeit) des demokratischen Kapitalismus zum Ausgangspunkt. Er argumentiert, dass dieses grundsätzliche Spannungsverhältnis nicht nur den Mitgliedstaaten der EU zu schaffen mache, sondern auch die Krise von 2008/2009 (und deren politische Maßnahmen) strukturiert habe. Ähnlich wie Dörre diskutiert er Chancen einer „neuen“ Wirtschaftsdemokratie des 21. Jahrhunderts, die seines Erachtens durch die „Entprivatisierung und Vergesellschaftung gesellschaftlich essenzieller Produktions-, Verteilungs- und Konsumententscheidungen“ geprägt sein müsste (S. 392). ■

INGRID ARTUS, CHRISTA HERRMANN,
Erlangen/Nürnberg,
JESSICA PFLÜGER, Bochum